

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Leser-Kasse geöffnet von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postkonten: Frankfurt a. M. Nr. 7008.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Herausg.

Tagblatt Nr. 650-51.

Von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postkonten: Frankfurt a. M. Nr. 7008.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn. M. 5.20 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Beilagen. - Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstellen Nummer 18, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Bleibach: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Vertriebsstellen.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 35 Pf. für deutsche Anzeigen, 50 Pf. für auswärtige Anzeigen. M. 1.75 für deutsche Kleinanzeigen; M. 2. - für auswärtige Kleinanzeigen. - Bei wiederholter Aufnahme anordneter Anzeigen entsprechende Nachzahlung. - Anzeigen-Nachzahlung. Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. - Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Bülow 6202 und 6203.

Donnerstag, 22. Mai 1919.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 221. • 67. Jahrgang.

Die Friedensverhandlungen.

Nicht vor der ersten Juniwoche!

Mr. Bertrams, 20. Mai. Der „Temps“ schreibt: Die der deutschen Delegation bei der Verhandlung des Vertrages am 7. Mai gestellte Frist läuft Donnerstag den 22. Mai, 8 Uhr nachmittags, ab. Man erwartet allgemein, daß von den deutschen Delegierten für die Vorlegung ihrer Gegenvorschläge eine Ergänzung gefordert werden wird. Sobald die Alliierten in den Besitz dieser Dokumente gelangt sein werden, wird der Versuch die zu erzielende Antwort zu erzwingen und sie Graf Brodowski-Kampau zu stellen, und den deutschen Bevollmächtigten die dicke, wahrscheinlich ziemlich kurze Frist zur Annahme oder Ablehnung, zur Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung anzugeben. Jedenfalls kann die Zeremonie im Spiegelssaal des Schloßes zu Versailles nicht vor der ersten Juniwoche stattfinden.

Wiedergutmachung und Schuldfrage.

Antwortnote Clemenceaus.

Mr. Paris, 21. Mai. (Deutschwörter des Wiesbadener Tagblattes.) Im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen antwortete Clemenceau auf die Note des Grafen v. Brodowski-Kampau über die Wiedergutmachung und die Zurückweisung der Schuld der früheren deutschen Regierung am Ausbruch des Krieges. Der Präsident! In Ihrer Note vom 18. Mai erklärten Sie, daß Deutschland trotz der Annahme der Verpflichtungen der Entschädigung im November 1918 nicht zugibt, daß diese Annahme die Verantwortung für den Krieg oder für Handlungen der früheren deutschen Regierung in sich schließt. Eine solche Verpflichtung könne aber nur bestehen, wenn ihr die Verantwortlichkeit des Uebertretens der Schranken als Ursache zugrunde liegt. Sie führen bei, daß das deutsche Volk nie einen Angriffskrieg geführt habe, und nun ist aber in der Note des Staatssekretärs Verling vom 5. November 1918, die Sie billigen, enthalten, gesagt, daß aus dem Angriff Deutschlands zu Wasser und zu Lande und in der Luft die Entschädigungs-pflicht herflüsse. Die deutsche Regierung hat, indem sie keinerlei Protest gegen diese Behauptung einlegte, deren Billigung anerkannt. Deutschland hat also 1918 den Angriff und seine Verantwortung auf sich genommen und stillschweigend zugegeben. Sie erklären weiter, daß das deutsche Volk nicht für die Forderung der früheren deutschen Regierung verantwortlich gemacht werden könne. Deutschland hat indessen nie erklärt, und eine solche Behauptung würde allen Prinzipien des Völkerrechts zuwiderlaufen. — daß eine Veränderung seines politischen Regimes oder eine Umwälzung seines Landes genügen würde, um die von der Nation übernommenen Verpflichtungen ungültig zu machen. Es hat 1871 gegenüber Frankreich vor der Ausrufung der Republik, ebenso 1919 gegenüber Rußland nach der Abschaffung des Zarenismus durch die Revolution diesem Prinzip gemäß gebandelt. Sie verlangen endlich die Übermittlung der Berichte der Kommission für die Verantwortlichkeit. Zur Antwort haben wir die Ehre zu erwidern, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die Berichte der von der Friedenskonferenz eingesetzten Kommissionen als Dokumente der inneren Angelegenheiten betrachten, die wir Ihnen nicht unterbreiten können. (Gewöhnliche Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner Hochachtung, gez. Clemenceau.)

Barlter Pressestimmen.

Mr. Versailles, 20. Mai. Die regierungstreuen Barlter Blätter scheinen heute auf Mot d'ordre hin die ersten Folgen des Lebens zu feiern, welche aus der Nichtunterzeichnung des Vertrages seitens Deutschlands entspringen würden. Die deutsche Delegation könne die Folgen zweifellos, deshalb dürfe man erwarten, daß sie den Vertrag unterzeichnen werde. Der „Argus“ schreibt: Wenn die Deutschen darauf einzuwirken, den Waffenstillstand zu brechen, würde doch wieder der Herr der Stunde sein. Alles würde wieder in Frage gestellt, und es wäre sicher, daß Frankreich nicht mehr mit einem Kompromiß wie in dem jetzigen Friedensentwurf sich begnügen würde; für den Rhein und das Saarland würde es eine radikalere Lösung fordern. Wir können, schreibt das Blatt, die Ereignisse ruhig abwarten. Die Alliierten müssen sich nur auf ihren Entschlüssen halten. Der Vertrag ist das Mindeste, was ihrer Forderung, welche sie in allen wesentlichen Punkten durchsetzen wollen, ist. — Der „Gaulois“ meint gleichfalls, daß die Alliierten die Bedingungen verschärfen würden, falls Deutschland nicht unterzeichne, und daß man dann mit den verhandelnden Bundesstaaten unterhandeln würde. — Das „Rein de nos“, welches gleich der übrigen Presse erwartet, daß die deutsche Delegation einen allgemeinen Gegenversatz auf die Friedensbedingungen machen würde, glaubt, daß zur Verhinderung einer Art von etwa 10 Tagen notwendig sei und daß dann die Entente ihre endgültige Antwort erteilen und den deutschen Delegierten einige Tage Bedenkzeit zur Entscheidung lassen wird. Falls dann der Vertrag unterzeichnet wird, würden die Rivalitäten der deutschen Delegation ungehindert sich in Frankreich bewegen dürfen, jedoch werde den deutschen Staatsangehörigen die Überschreitung der französischen Grenze erst nach der Ratifizierung des Friedensvertrages gestattet.

Der Papst und der Friede.

Berlin, 20. Mai. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus München meldet, ist in aller nächster Zeit eine öffentliche Stellungnahme des Papstes zu den Friedensbedingungen zu erwarten. Der Apostolische Nuntius, Mgr. Bocelli, hat sich auf Weisung des Papstes nach der Schweiz begeben.

Die Erklärung des Reichministers Dr. Brüch.

Berlin, 15. Mai. Reichminister Dr. Brüch hat nach einmal betort, daß die Reichsregierung den Friedensvertrag in der vorliegenden Form unter keinen Umständen unterzeichnen werde. Dr. Brüch rechnete im Falle des Scheiterns der Friedensverhandlungen mit einer Verschärfung der Hungerblöcke und damit auch mit dem Wiedereintreten größerer Unruhen. Werde aber der Vertrag in der vorliegenden Fassung unterzeichnet, erklärte Dr. Brüch, so würde ein noch viel größerer Uebel entstehen, da Millionen Deutsche infolge des Ruins von Industrie und Handel brotlos würden. Die Wirkungen im Falle der Unterzeichnung der Bedingungen würden also nicht anders sein als im Falle der Nichtunterzeichnung. Die Unterzeichnung hätte aber den großen Nachteil, daß durch sie dem Deutschen Reich die Hände gegenüber der Entente gebunden würden, während im anderen Falle Verpflichtungen nicht übernommen würden. Die Hoffnungen der Entente auf die Unabhängigen sei eine Seitenklappe. Nämlich die Unabhängigen aus Rußland, so komme damit auch der Chaos und der Bolschewismus nach Deutschland. Damit sei der Entente auch nicht gedient; denn einmal würden die Märkte vor ihren Grenzen nicht halt machen, und ferner würde sie von einem deutschen Deutschland irgendwelche Friedensbedingungen nicht zu erwarten haben. Im wohlverstandenen Interesse der Entente liege es daher, daß die jetzige Regierung am Ruder bleibe. Sie werde aber nur dann die Geschäfte weiterführen, wenn die Entente um Wilsonsches Programm zurückkehre und den Friedensvertrag so gestalte, daß er den deutschen Lebensbedingungen gerecht werde.

Der Plan einer Völkerverbundsanleihe.

Aus den deutschen Gegenvorschlägen.

Man verheißt sich in deutschen maßgebenden Kreisen nicht, daß zu den Motiven für die ungeschicklichen Bedingungen der Entente ihre eigene wirtschaftliche Not gehört. Frankreich bleibt auch weiterhin mit seinen 170 Milliarden Kriegsschulden belastet und wird sie in der Hauptsache auf dem Steuerwesen einbringen haben — dieses Land, das bis heute die Einkommensteuer noch gar nicht gekannt hat. Auch England hat für seine Auslandsschulden von etwa 1500 Millionen Pfund, die es sich im Krieg zugezogen hat, ebenso wenig Lösung wie Italien, das seine Auslandsschulden während des Krieges um etwa 300 Millionen Pfund vermehrte. Für die anderen unserer Gegner liegen die Dinge ganz ähnlich. Die Entente, die sie sich im Entwurf von Versailles auf unsere Kosten verschrieben haben, werden nicht hinreichen, um ihre Kriegsschulden zu heilen. Das wissen die Ententeangehörigen, so weit sie vernünftig denken, heute schon genau so, wie wir es wissen, daß wir nicht in der Lage sind, aus innerer Kraft uns wieder emporzuarbeiten. Bisher ist in der englischen Presse aber nur an zwei Stellen die Konsequenz daraus gezogen worden. Die eine dieser Stellen ist die englische Zeitschrift „Die Nation“, die andere die „Daily News“. Beide haben wiederholt in den letzten Wochen darauf hingewiesen, daß mit dem Bankrott Deutschlands der Bankrott Europas verknüpft sei, sie haben die Dinge zu Ende gedacht und sind zu dem einzigen richtigen Schluß gekommen. Daß der internationale Katastrophe nur eine internationale Rettungsalternative beikommt, könne der Weg dazu ist der Völkerverbund, der das Instrument für internationale Finanzanleihe der Welt liefern muß.

In der Praxis liegen die Dinge so, daß das Geld, was die Völker während des Krieges ausgegeben haben, und was heute auf ihrem Verleihkonto steht, nicht absolut verloren ist. Es ist nur aus den Taschen der einen in die Taschen der anderen gewandert. Einen gewichtigen Anteil davon haben die Neutralen erhalten, die heute alle im Geld und im Gold schwimmen. Und in den kriegführenden Ländern ist das Geld, was für die Alliierten verschrieben wurde, zusammengekauft in die Taschen der Wunderschönen von Unternehmern. Ein finanzielles Vakuum ist in der Welt durch die Kriegsausgaben der Nationen nicht geschaffen worden — das Geld ist vielmehr so, daß zwar zahlreiche ökonomische Wunden entstanden sind, zwischen denen sich aber um so zahlreichere reiche Flügel und Anker aufstürmen. Das Problem ist nun, diese Flügel und Anker wieder einzunehmen. Die in Einzelorten entstandenen widernatürlichen Kapitalanhäufungen in die Wüstengefilde abströmen zu lassen und gerecht zu verteilen.

Wie wir hören, wird die deutsche Friedensdelegation in Versailles, falls es zu weiteren Verhandlungen kommt, einen großartig durchdachten Plan für die gemeinsame Finanzierung des Völkerverbunds vorlegen. Als Mittel dazu ist eine Völkerverbundsanleihe geplant, wobei von deutscher Seite als Vorbedingung freilich mit unserer baldigen Zulassung zum Völkerverbund gerechnet wird. Da dieser deutsche Plan darauf anlegt, ist nicht bloß uns selber zu helfen, sondern allen durch den Krieg notleidend gewordenen Völkern so beisteht die Hoffnung, daß er sowohl bei unseren Gegnern wie bei den Neutralen Interesse und, wenn die nächsten Wochen die allgemeine Befinnung zurückkehren lassen, auch Unterstützung finden wird.

Die Völkerverbundsaktionen in der Pfalz.

Dr. Berlin, 20. Mai. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In einer weithin streichen wird damit geredet, daß die unverantwortlichen landesverräterischen Elemente, die für die Losrennung der Pfalz agitieren und die im westlichen aus Charnak und Sabatierinnen bestehen, die Agitation auch nach der ersten Niederlage nicht aufgeben werden. Es ist mit weiteren

Untrieben von ihrer Seite zu rechnen, da diese landesverräterischen Persönlichkeiten aber tatsächlich über keinen größeren Einfluß in der Bevölkerung verfügen und keine Gefolgschaft in ihr haben, so ist mit einem vollkommenen Mißlingen ihrer weiteren Agitation zu rechnen.

Am Samstag war bereits in Spener ein solcher Aufbruch von 21 Herren (Nationalisten und Kriegsgewinnlern) aus Landau versucht worden. Die Aufständischen verlangten vom Regierungspräsidenten die Ausrufung der selbstständigen Republik der Pfalz, um für diese einen einstweiligen Sonderfrieden zu erreichen. Der Regierungspräsident lehnte das landesverräterische Ansuchen ab und brief für Sonntag eine Verammlung, an der Vertreter der deutschen Nationalvereinsvereine, pfälzische Landtagsabgeordnete, ferner alle politischen Parteien und Vertreter der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen teilnahmen. Nach eingehender Aussprache und einstimmiger Verurteilung der Landauer Aufständischen wurde eine Entschließung angenommen, in der mit größter Entschiedenheit betont wird, daß die Pfalz unlosbarlich zu Deutschland gehöre. Die Mitglieder wurden in der schwersten Stunde der deutschen Geschichte ihrem geliebten Vaterlande unerschütterliche Treue halten.

Der Erlasser Karl.

Mr. Fern, 20. Mai. (Schweiz. Dep.-Agentur.) Erlasser Karl siedelte gestern nach Genéve (Kanton Waad) über.

Ende der französischen Brotmarken.

Paris, 20. Mai. Vom 1. Juni an werden in Frankreich die Brotmarken in Kraft kommen.

Ein französischer Nationaltrauertag?

Paris, 20. Mai. Zwei Deputierte haben einen Gesetzesvorschlag eingebracht, um den 2. November zum Nationaltrauertag zu machen.

Ungarn.

Wien, 20. Mai. Gestern fand hier eine Konferenz der in Wien weilenden ungarischen Politiker statt, in der alle bürgerlichen Parteien des Landes durch führende Personen vertreten waren. Es wurde beschlossen, volles Vertrauen zu der in Szegedin installierten neuen Regierung zu hegen, daß auf das nachhaltigste zu unterstützen und zu fördern alle Anstrengungen als patriotische Pflicht erklären. Vor allem soll dahin gewirkt werden, daß sie bald in die Lage kommen, als legale Regierung Ungarns dessen Interessen in Paris zu vertreten, wenn auch das gegenwärtige Regime nur als Provisorium aufzufassen sei. Diese Beschlüsse der Konferenz wurden der Regierung in Szegedin und dem hiesigen Vertreter der Entente bekannt gegeben.

Ein neues Gefecht der Spanier in Marokko.

Mr. Tanger, 19. Mai. (Havod.) Nach Mitteilungen von Einheimischen hat ein Kampf, der den ganzen 14. Mai andauerte und sich im Gebiet der Andalusien abspielte, die Spanier 9 Tote und zahlreiche Verwundete gekostet. Ein Offizier und zwei europäische Soldaten wurden gefangen genommen.

Der Kongress in Washington.

Mr. Versailles, 19. Mai. Der „Morning“ meldet aus New York: Die Konferenzen des Kongresses, welche den Friedensvertrag erörtern soll, tritt heute zusammen. Die Beschlüsse Wilsons wurde am Sonntag von Paris ins Weisse Haus geschickt und wird voraussichtlich morgen im Kongress verlesen werden, nachdem dieser seine innere Organisation erregt haben wird. Die Politik wird ungefähr 4. bis 5000 Worte über den Inhalt des noch nicht weiter bekannt, als daß sie die Aufmerksamkeit des Kongresses auf folgende Fragen lenken wird: Abgelung der Frage der amerikanischen Handelsmarine, Annahme des allgemeinen Völkerverbunds, Annahme des Militär- und Flottenprogramms und Annahme von geeigneten Maßnahmen zur Verstärkung des Völkerverbundes.

Freilassung deutscher Zivilinternierter in Amerika.

Berlin, 19. Mai. Wie hier soeben bekannt wird, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Anfang März, etwa 700 deutsche Zivilinternierte, die in den Vereinigten Staaten zu bleiben wünschten, aus den Gefangenenlagern entlassen. Aber die Namen der Entlassenen liegt eine Mitteilung nicht vor.

Eine Krise in der Deutschen demokratischen Partei?

Ein Wiesbadener Blatt schrieb am 5. Mai über eine angebliche, in der Deutschen demokratischen Partei bestehende Krise. Die Parteileitung der Deutschen demokratischen Partei teilt auf Anfrage hierzu mit, daß an dem ganzen Herde kein wahrer Wert sei und daß der demnächst stattfindende allgemeine Parteitag Klarheit bringen werde, daß in allen wesentlichen Fragen innerhalb der Parteileitung vollständige Abstimmung besteht.

Schneppenborst amtkunde.

München, 20. Mai. Nach immer bestimmter auftretenden Gerüchten soll der bayrische Minister für Militärwesen, Schneppenborst sich mit Rücksicht auf die Pfalz befinden.

Eine amtliche Verordnung über die Soldatenräte.

Berlin, 19. Mai. Infolge der fortwährenden Auflösung des Friedensheeres ist nachstehende amtliche Verordnung über die Soldatenräte erlassen:

Bei jedem Auflösungsstab und jeder Abwärtungsstelle verbleibt ein von den bei diesen Dienststellen zurückbleibenden Unteroffizieren und Mannschaften zu wählender Vertrauensmann. Mit den Trupenteilen und Formationen lösen sich ihre Soldatenräte auf, spätestens wenn die Gesamtstärke unter 300 fällt. Bei allen Verbänden, Anstalten, Schulen usw. des aufzulösenden Friedensheeres, die unter 300 verpflegen, treten an die Stelle der Soldatenräte ehrenamtliche Vertrauensleute. Bei den Generalkommandos wird die Stärke der Soldatenräte auf drei Mitglieder festgesetzt. In Standorten mit einer Kopfstärke von über 1500 Unteroffizieren und Mannschaften bleiben Soldatenräte von im allgemeinen nicht mehr als drei Mitgliedern. Auf die Reichswehrverbände der Standorte erstreckt sich ihre Wirksamkeit nicht. Vorstehende Bestimmungen sind bis zum 21. Mai durchzuführen. Sobald Formationen oder Verbände auf Generalkommandos oder Garnisonkommandos der Reichswehr ein- oder angegliedert werden, gelten für sie nur die Reichsbestimmungen. Zur Auflösung und Neuwahl von Soldatenräten bzw. Vertrauensleuten ist zu schreiben, wenn sie von zwei Dritteln der vertretenen Personen verlangt wird und wenn die Soldatenräte (Vertrauensleute) mindestens den Rahmen ihrer Befugnisse überschreiten, insbesondere, wenn sie sich staatsfeindlichen Handlungen schuldig machen oder den Anordnungen der Regierung offen oder verdeckt Widerstand leisten. Die Sachlage ist in solchen Fällen eingehend zu klären. Abgesekten steht der Verbandsverband offen. Die anordnenden Stellen für Auflösungen sind die Generalkommandos für die Korps-Soldatenräte und bei höheren Behörden der Reichswehrminister. Vertrauensleute, die zu erfassen sind, werden durch den Vorsteher der nächsthöheren Dienststelle entfernt. Die Herausgabe besonderer Zeitungen oder Nachrichtenblätter ist den Soldatenräten untersagt, weil die nötigen Bekanntmachungen innerhalb der Tätigkeit der Soldatenräte nicht entsprechend umfangreich sein können, und andererseits die Gefahr besteht, daß sich die Räte auch über den Rahmen ihres Aufgabensfeldes hinaus betätigen, was nicht im Interesse liegt und leicht zu einer Gefährdung statt zu einer Förderung der Disziplin führen kann. Soldatenräte und Vertrauensleute haben über alle ihnen als solche bekanntwerdenden vertraulichen, geheimen oder persönlichen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Weder die Soldatenräte (Vertrauensleute) noch alle übrigen Militärpersonen dürfen ihre Dienststellung zu politischen Maßnahmen ausnutzen. Außerordentlich bleibt es jeder Militärperson unbenommen, sich politisch zu betätigen. Von der Einberufung der Soldatenräte (Vertrauensleute) zu Versammlungen durch die Korps- und Garnisonkommandos ist den in Betracht kommenden Führern usw. Kenntnis zu geben. Die Tätigkeit der Soldatenräte usw. ist von der der Zivilarbeitsräte scharf abzutrennen. Die letztere nicht das Recht des Einmischens in den Geschäftsbereich haben, müssen sich auch die Soldatenräte (Vertrauensleute) jeder Einmischung in staatliche und Gemeindeverwaltungsanangelegenheiten enthalten.

Der Prozeß gegen Ledebour und Däumig.

Berlin, 20. Mai. Vor dem Schwurgericht in Koblenz hat heute morgen die Verhandlung gegen den Schriftsteller Georg Ledebour begonnen. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden beantragte Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, die Verhandlung gegen Däumig, der erkrankt ist und der Verhandlung nicht beizuhören kann, zu vertagen. Der Angeklagte Ledebour bittet, mit Rücksicht darauf, daß er sich bereits vier Monate in Untersuchungshaft befindet, zu verhandeln, da er einmal Gelegenheit haben wolle, öffentlich mit der Regierung abzurechnen, welche die Revolutionserfolge zugrunde gerichtet und in Deutschland eine Gewaltherrschaft aufgerichtet hätte, die Deutschland im Ausland diskreditiere. Die Verhandlung gegen Däumig wurde vertagt, so weit sie mit dem Fall Ledebour parallel läuft, abgetrennt. Nach Verurteilung der Geschworenen wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

(23. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Signor Othello.

Roman von Stella Reumann-Pöster.

Gabriele hätte fast laut aufgeschrien. Augleich aber überkam sie der Wunsch, dieser Lärm-Einleitung zum unvermeidlichen Kreuzverhör ein Ende zu machen.

„Gerade heraus, Mama. Was willst du von mir? Willst du dich nicht deutlich ausdrücken? — Oder soll ich es tun, wenn es dir zu schwer fällt?“

Frau Hartmann brachten diese Worte etwas aus der Fassung. Die Saltung ihrer Tochter war durchaus nicht die einer reifen Sclinderin.

„Man — man sagt —“ stotterte die Mutter. „Ach, du lieber Gott, wie soll ich's denn bloß sagen? — Man sagt, daß dieser Italiener, dieser Musfimenich, daß du — daß er — daß ihr — auf — auf der Reise —“

„Zusammen waren“, vollendete Gabriele den Satz. Frau Hartmann maß sie mit entsetzten Blicken.

„Es ist also wahr? Du — du bist es selber?“

„Natürlich gebe ich es zu“, rief Gabriele mit einiger Heftigkeit. „Sage ich dich je belogen?“

Frau Hartmann schlug einmal über das andere die Hände über dem Kopf zusammen.

„Nein — nein“, jammerte sie. „So eine Schand! So eine Schand! — Ach kann ja keinem mehr, der von dir spricht, in die Augen sehen! Schämst mich ich mich ja, daß du mein Kind bist! — O Gott — nichts als Unheil habe ich im Leben — ne arme Witwe mit drei Töchtern — und noch alle ledig. Ach — ach — und nun noch die Schand, daß die eine — gerade die hübschste, um die ein ordentlicher und reicher und solider Mensch zweimal angeheiratet hat, sich so nem ausländischen Notenschreiber an den Hals schmeißt. No —“ fuhr sie, sich in strengem Tone an ihre Tochter wendend, fort: „Warum

mz. Berlin, 20. Mai. Im Ledebour-Prozeß nahm der Angeklagte Ledebour, der im Vorverfahren jede Zuhörung zur Sache verweigert hatte, das Wort zu mehrtägigen Darlegungen und führte aus, daß nach den Vorberathungen der revolutionäre Ausbruch am 4. November stattfinden sollte. Die Sache mußte aber vertagt werden, weil einige Abgeordnete für Vertagung eintreten. Das sei ein schwerer Fehler gewesen. Die endgültige Entscheidung in Berlin sollte am 8. November fallen; da aber eine achte Anzahl von Personen vor der Parole zum Vorschlag unterzeichnet war und die Regierung Spindel hatte, hätten Verhaftungen begonnen. Der Angeklagte behauptete, Johann Ebert, Scheidemann und Genossen, daß sie ein Doppelspiel trieben. Sie hätten eben unter allen Umständen mit dabei sein wollen, wenn es an die Verteilung der Ämter ging. Sie hätten deshalb das Angebot gemacht, mit den Unabhängigen die neue Regierung zu bilden. Als er am 9. November nach Ausbruch der Revolution vom Saale aus revolutionäre Ansprachen hielt, habe Scheidemann schleunigst vor dem Reichstag die Republik proklamiert. Im Laufe seiner namentlich gegen Scheidemann gerichteten Anschuldigungen wird der Angeklagte vom Vorsitzenden wiederholt ermahnt, sich in seinen Ausdrücken zu mäßigen. Ledebour fährt fort: Wenn die Revolution misglückt wäre, so würde er jetzt neben Scheidemann und Ebert auf der Anklagebank sitzen, um so mehr, als beide von den Ministern an der Revolution gegen die Regierung teilgenommen hätten, der sie selbst angeheißt hätten. Der Angeklagte behauptet, daß er eingehend die weitere Entwicklung der Dinge nach der Mittagspause ein Wortgefecht zwischen Rechtsanwalt Theodor Liebsch und dem Staatsanwalt zumbroich. Der Angeklagte selbst seine Ausführungen fort. Alles, was gegen Ebert gesagt werden sei, sei niederträchtige Verleumdung. Die Arbeiterschaft dränge angesichts der planmäßigen Angriffe der Regierung gegen sie zu Tat. Was er begehrt habe, sei eine rein politische Aktion. Er übernehme auch heute noch die volle Verantwortung dafür. Die Berliner Arbeiterschaft hätte die verwerfliche Regierung Ebert-Scheidemann so schnell wie möglich beseitigen müssen. Der Vorsitzende rügt die Art des Angeklagten, überlaut zu den Zuhörern geredet zu haben und dabei zum Sturz der Regierung aufzufordern. Der Angeklagte betonte, daß er kein Mädelstörer gewesen, sondern ausschließlich eine internationale Tätigkeit entfaltet habe. Die Vorgänge bei seiner Verhaftung seien unangebracht gewesen. Es lägen Tatsachen vor, daß die Absicht bestand, mit ihm wie mit Rosa Luxemburg zu verfahren. Er schloß, er glaube sich ein Verdienst um die deutsche Arbeiterschaft und das deutsche Volk erworben zu haben. — Die Verhandlung wurde auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

Wiesbadener Nachrichten.**Eine Erleichterung im Nachrichtenwesen.**

Während die Wiesbadener Presse seit Beginn der Besetzung, also seit 5 Monaten, ohne jede telefonische und telegraphische Verbindung nach außerhalb war und somit das wichtigste moderne Arbeitsmittel einer Zeitung, die Drahtverbindung, entbehren mußte, ist mit dem gestrigen Tage eine wesentliche Erleichterung eingetreten. Der Verein deutscher Zeitungsverleger hat im Einvernehmen mit der Besatzungsbehörde in Mainz ein Telegraphenbureau errichtet, das durch direkte Leitung mit dem Frankfurter Bureau des Wolffschen Telegraphenbureaus verbunden ist, von dem aus wir zugleich mit unserer Berliner Abteilung früher bedient wurden. Dieses Mainzer Bureau, dessen Meldungen wir mit zu zeichnen werden, wird zugleich mit den Meldungen des deutschen Telegraphenbureaus, soweit sie die nach wie vor weiter in Tätigkeit stehende Zensur der Besatzungsbehörden passieren, auch Meldungen des französischen Telegraphenbureaus davon verbreiten, die es auf schnellstem Wege erhält. Wenn sich also an der bisherigen politischen Lage für die Presse auch nichts Wesentliches ändert, so tritt doch im Nachrichtenwesen, in dem wir hier in Wiesbaden besonders schlecht bestellt waren und viele unbedingte Vorurteile zu hören bekamen, eine wesentliche Verbesserung ein. Wenn wir auch noch weit von dem Zustand wie früher entfernt bleiben, daß das „Wiesbadener Tagblatt“ durch seine eigene Berliner Abteilung in der Abendausgabe vielfach die wichtigsten Meldungen aus der Reichshauptstadt oder veröffentlichten konnte, als die „Frankfurter Zeitung“ beispielsweise in ihrem ersten Morgenblatt, so ist doch für die Nachrichtenübermittlung der Presse hier eine wesentliche Verbesserung eingetreten; man wird nicht mehr in Wäldern aus auswärtigen Städten, die man hier auf der Straße laßt, die neuesten Drahtberichte über zu lesen bekommen als im „Wiesbadener Tagblatt“; vielmehr werden wir hier, da wir am Ort drucken, wieder in die Lage versetzt sein, eher zu berichten als auswärtige Blätter, die erst die Eisenbahnfahrt zu überleben haben. — In diesem Zusammenhang sei zugleich bemerkt, daß auch hinsichtlich der

Verbreitung der Wetternachrichten, deren Unregelmäßigkeit nicht an uns, sondern an den seit Dezember v. J. eingetretenen Verhältnissen lag, eine Besserung bevorsteht; wir hoffen, schon von den nächsten Tagen ab die Berichte wieder regelmäßig bringen zu können und auch damit einem Wunsch unserer Leser entgegenzukommen.

— **Schwurgerichtsperiode.** Zu der am 23. Juni d. J. beginnenden Schwurgerichtsperiode stehen voraussichtlich sieben Fälle zur Anklage, von denen vier voraussichtlich zur Verhandlung kommen.

— **Feinshüttenausfluß Wiesbaden.** In der Dienstagabend stattgefundenen zweiten Sitzung waren etwa 40 Vertreter, und zwar größtenteils seitens anderer Verbände, als der bisher schon dem Ausschuss angehörigen, erschienen. Es wurde erneut, insbesondere von den Vertretern der Kriegsschädigten bzw. Kriegsteilnehmer, Arbeiter, Angestellten und Beamten die Notwendigkeit eines restlosen Zusammenschlusses betont und das geforderte Vorgehen einer kleinen Beamtengruppe unter Führung eines Vorbeamten mißbilligt, da kein Bedürfnis für eine neue Genossenschaft bestehe, nachdem schon seit Jahren der Beamten-Wohnungsverein hier erfolgreich wirke und diesem allein die finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten, wie es überhaupt jetzt zweckmäßigerweise nur daraus ankomme, Baugelände und Geld zu beschaffen. Es wurde berichtet, daß der Feinshüttenausfluß die Verbindung mit den zuständigen Stellen bereits aufgenommen habe, um festzustellen, welche Baukostenzuschüsse und sonstigen Unterstützungen zu dem Bau von Eigenheimen schon vorgesehen seien, welche bauliche Erleichterungen und Kreditbewilligungen ausgesetzt und vor allem, welches Gelände straßenfertig seitens der Stadt in Erbpacht zur Verfügung gestellt werden könne. In einer demnächst einzuberufenden großen öffentlichen Versammlung soll sich die Allgemeinheit mit den Mängeln im Wohnungswesen befassen, und die Teilnehmer über Mittel und Wege, die zu ihrer Befriedigung führen können, namentlich die Errichtung von Feinshütten und Gelegenheit zum Gartenbau und Kleintiergärtchen, aufgeklärt werden. Eine Ausgabe, die frei sein soll von jeder Spekulation und jedem Unternehmerinteresse, sondern lediglich das Interesse der Allgemeinheit, und namentlich der Minderbemittelten im Auge hat.

— **Die Zusammenfassung des Schlichtungsausschusses.** Der auf Grund der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausflüsse und Schlichtung von Arbeitsverhältnissen vom 23. Dezember 1918 neu errichtete Schlichtungsausschuss für Wiesbaden für die Kreise Wiesbaden-Stadt, Wiesbaden-Land, Nibbeling und Untermain ist sich zusammengesetzt wie folgt: Vorsitzender: Bürgermeister a. D. Werth (Wiesbaden). Stellvertreter (vorläufig): Geh. Regierungsrat und Gewerberat Dr. Niebling (Wiesbaden). a) Ständige Vertreter der Arbeitgeber: 1. Fabrikbesitzer W. Schwerdtfeger (Wiesbaden), 2. Mühlenbesitzer S. Denmann (Wiesbaden), deren Stellvertreter: 1. Konrad Eugen Grabenwies (Wiesbaden), 2. Kolonialwarenhandeler Karl Werth (Wiesbaden), 3. Stadtrat Karl Meier (Wiesbaden), 4. Weinhandeler Walter Strahner (Niedesheim). b) Ständige Vertreter der Arbeitnehmer: 1. Otto Goetz, Gewerkschaftssekretär (Wiesbaden), 2. Adolf West (Wiesbaden), deren Vertreter: 1. Philipp Schäfer, Schreiner (Wiesbaden), 2. Johann Weiß, Metallarbeiter (Schierstein), 3. Hof. Schlepfer, Winger (Weisenheim), 4. Philipp Holl, Geschäftsführer (Wiesbaden), 5. Adolf Krämer, Arbeitersekretär (Wiesbaden), 6. Albert Kaa, Angestellter (Wiesbaden). Die Geschäftsräume des Schlichtungsausschusses befinden sich in Wiesbaden, Rheinstroße 36.

— **Allgemeine Crisistrankenkasse.** Die Arbeitgeber- und Versichertenvertreter wurden brieflich zu der auf Donnerstag, den 22. d. M., abends 8 Uhr, im „Deutschen Hof“, Waldallee 2, anberaumten Ausschusssitzung eingeladen. Zur Abhaltung dieser Versammlung, in der als wichtigster Punkt die Berichterstattung über das Geschäftsjahr 1918 zur Verhandlung steht, hat die französische Besatzungsbehörde ihre Genehmigung erteilt. Der Kassenvorstand dürfte jedenfalls zu erwarten haben, daß die in den Ausschuss berufenen Vertreter an der Verhandlung teilnehmen, um so mehr, als der entgegenzunehmende Bericht, der auch bereits in seiner Druckschrift zur Verteilung gelangte, berechtigt Zeugnis dafür ablegt, inwiefern der langjährige Krieg mit seinen Vorkriegseinsparungen auf die Kasseneinnahmen wie überhaupt auf unser gelamtes deutsches Wirtschaftsleben einwirkte.

— **Entlassung weiblicher Kriegshilfskräfte.** Die Verordnung des Demobilisierungsausschusses Wiesbaden (Stadt) vom 29. März 1918, wonach nicht auf eigenen Verlangen angewiesene weibliche Kriegshilfskräfte durch geeignete Arbeitsstellen zu ersetzen sind, hat leider nicht überall genügend Beachtung gefunden. Im Interesse der dabei in Frage kommenden Arbeitgeber wird darauf hingewiesen, daß nach der Bundesratsverordnung über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 vorläufige Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen der Demobilisierungsborgane Geldstrafen bis zu 100 000 M. nach sich ziehen können.

beirätet er dich nicht, wenn du schon so einen haben mußt, das mußt' ich wissen?“

Es kostete Gabriele viel, über diese Dinge mit ihrer Mutter zu sprechen. Sie tat sich Gewalt an und erwiderte:

„Er ist verheiratet — seit Jahren — eine katholische Ehe kann nicht geschieden werden.“

„Was — was? Das ist ja arg! Also so einer ist er! Erst hat er dir was voraufgesetzt — und dann —“

„Davon ist nicht die Rede“, unterbrach sie Gabriele.

„Ach habe vorher — genau gemerkt, worin ich war.“

Aber vor dem stillen, stillen Blick der Mutter überkam Gabriele Mitleid mit ihr und Neugier über den barschen Ton, zu welchem sie sich hatte hinreißen lassen.

Sie kniete neben ihr nieder und blinzelte mit einem Anflug kindlicher Rührtheit zu ihr empor.

„Mama, liebe Mama“, sagte sie leise. „Sei nicht so böse! Hör mir zu. Mama — du mußt mich doch verstehen — ich bin weder schlecht noch leichtsinnig. Du wirst mir verzeihen können, wenn du mich nur verstehen willst.“

Aber Frau Hartmann hörte ihr gar nicht zu.

„Du hast es also gemerkt, daß er eine Frau hat — und bist ihm doch wie blind und toll in die Arme gerannt! — Ach, es ist gut, daß dein armer Vater nicht mehr erlebt hat! — Sollst du denn auch gar nicht an mich und deine Schwestern denken? Wenn die nun deswegen keinen Mann kriegen, dann mußt du's dir vorwerfen, bis an dein Lebensende!“

Frau Hartmann schloß und schloß noch etwas vor sich hin. Trauf eine Tasse Kaffee, sah ermutet in ihren Sessel zurück, kam wieder zu sich. Schließlich wandte sie sich an ihre Tochter mit der Frage:

„Na — und nun? Was soll nun werden? Soll die skandalöse Geschichte etwa hier in Berlin weitergehen?“

Gabriele schwie.

„Hörst du nicht, was ich dich frage?“

„Ach, Mama, Mama.“

Wit einer Gebärde des Widerwillens richtete sich das junge Mädchen auf.

„Nanu — was soll das heißen? Säßst du dich für zu aut, deiner Mutter Rede und Antwort zu stehen? Oder bedeutet das etwa, daß — daß — daß du das Musfantenliebchen bleiben willst? Na? — Dann sag's nur — sag's nur, dann weiß ich ja auch, was ich an tun habe. Na so rede doch! Ach denk, du läst nicht, ich denk, du schämst dich auch nicht — tußt doch sogar noch stolz.“

„Ach läge nicht, Mutter, und ich habe mich auch von nichts zu schämen. Aber es gibt Dinge, über die ich lieber nicht sprechen möchte.“

„Das ist recht. Immer hübsch von oben herab. Mit der Mutter spricht man nicht — behalte — die ist auch viel zu dumm dazu — das sind so die modernen Kinder.“

Von neuem brach Frau Hartmann in Tränen aus. Aber diesmal behielt der Korb die Überhand. „Nun weiß ich ja, woran ich mit dir bin“, schluderte sie. „Dah ich so was mit meiner Tochter erleben muß! So laue doch nur, Unausgemädel — hat dich denn dieses Mannsbild lehrert, daß du deine Ansehens- und deinen guten ausländischen Namen feinetwegen über den Haufen wirfst?“

„Was hat es für einen Zweck, darüber zu streiten, Mama?“ sagte Gabriele müde. „Wir verstehen uns doch nicht.“

„Nein —“ rief Frau Hartmann. „So was verstehst du allesdenn nicht. So was kann auch ne ausländische Frau nicht verstehen. Aber weil ich ne ausländische Frau bin, sollen auch meine Töchter ordentliche Mädchen sein. So wie du handelst aber kein ausländisches Mädchen, sondern nur eine Dirne, und darum will ich nichts mehr mit dir zu tun haben.“

Fortsetzung folgt.

Lehrten. Oberbuda, Ball,
Mühlstraße 21.

